

Rüdiger Klasen
Wittenburgerstr.10
19243 Püttelkow

31.02. 2014

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport
Amsinckstraße 34
20097 Hamburg

Betrifft: Nicht identifizierbares Schreiben ***Mahnung*** von den Personen **Frau Brauer Untiedt und Gafron** mit Anschrift **Freie und Hansestadt Hamburg** vom 22.05.2014 mit dessen Aktenzeichen **9750.73.082458.5**

Strafanzeige/ Strafantrag und Fachaufsichtsbeschwerde und Dienstaufsichtsbeschwerde

gegen die Mitarbeiter Herr Maschewski, Frau Brauer Untiedt, Gafron, Frau Schmittke, Herr Voss, Herr Müller, RR Jeserich
und dessen Auftraggeber von der Behörde
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport/ Einwohner-Zentralamt E6
Amsinckstraße 34
20097 Hamburg
Zeichen 9750.73.082458.5

wegen

Verweigerung rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG für meine Person, Nötigung § 240 StGB, § 241 StGB Bedrohung, § 253 StGB Erpressung, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, , illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetzte und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG), Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person,
Strafantrag/ Strafanzeige gemäß § 258 StGB, § 258a StGB, § 240 StGB, § 241 StGB.
Nicht identifizierbares Schreiben ***Mahnung*** von einer Person **Frau Brauer Untiedt, Gafron** mit Anschrift **Freie und Hansestadt Hamburg** vom 22.05.2014 mit dessen Aktenzeichen **9750.73.082458.5**

Sehr geehrte Damen und Herren.

Die Handlungen seitens der Freien und Hansestadt Hamburg und aller involvierten Personen und Gerichte stellen eine Grundrechteverletzung und einen Straftatbestand der Nötigung und Grundrechteverletzung dar und beweist nachträglich zudem offenkundige Befangenheiten aller tatbeteiligten Personenkreise.

1. Festgestellt wird:

Weder der 0815- Formbeschuß vom Amtsgericht Hamburg noch die Behörde *Freie und Hansestadt Hamburg - Einwohner- Zentralamt* und das Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Inneres und Sport* haben eine nachvollziehbar dezidierte Begründung zu meinen einzelnen Antragspunkten erfolgt.

2. Festgestellt wird:

Auf die von mir vorgetragene einzelnen Antrags- Beschwerdepunkte wurde weder im Verwerfungsbescheid noch im nachfolgenden vom Amtsgericht Hamburg in keinerlei Art und Weise eingegangen, was mindestens eine Verletzung des rechtlichen Gehörs darstellt. Es werden nur die rechtlichen Vorgänge aufgezählt aber alle Beschwerde- und Antragsinhalte werden völlig ignoriert!

Außerdem hatte ich zu keiner Zeit einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Ihre Behörde hat es so willkürlich umgedeutet um sich offenkundig der Verantwortung zu entziehen, was auch bisher klar nachvollziehbar geschehen ist. Der unbegründete politisch motivierte Willkürbeschluss vom befangenen Amtsgericht Hamburg befindet sich bis heute im ungeklärten BESCHWERDEWEG! Daher ist Ihre Forderung Ihrer privatisierten Firma *Freie und Hansestadt Hamburg rechtlich nicht legitimiert noch gedeckt.

3. Festgestellt wird:

Aufgrund der ständig ausweichenden Schreiben besteht der erhärtete Verdacht dass auch Ihre privatisierte Behörde *Freie und Hansestadt Hamburg - Einwohner- Zentralamt* durch entsprechende Diensts Schulungen des BRD- Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutzes betroffen und befangen ist!

Verweis: Auf Grund der im ZDF (ZDF.info) veröffentlichten internen Diensts Schulung desw BRD Inlandsgemeindienstes *Verfassungsschutz*

Titel: Der Staat bin Ich – Sendung

<http://www.candoberlin.de/neues/>

Filmtitel: „Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen“

Und Filmtitel „Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat“

Quellverweise lau Anlage:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

(Verweis Strafanzeige/ Strafantrag vom 18.05.2014 u.a. an die Staatsanwaltschaft Potsdam Aktenzeichen: 496 Js 21707/14, Staatsanwaltschaft Berlin Geschäftszeichen: 231 Js 1374/14 und weiteren Dienststellen auf Landes- und Bundesebene)

worin pauschalisiert alle Beschwerde führenden Bürger als Wahnkrank, Rechtsterroristen und Reichsbürger verunglimpft und verleumdet werden, sehe ich mich zu folgender Klarstellung bzgl. meiner Person veranlasst:

Persönliche Klarstellung:

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich-rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein. Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern kritisiere lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel. Das betrifft auch diesen angezeigten Vorgang.

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen.

Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland.

Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe.

Alle BRD- Behörden – auch das Amtsgericht Spandau können durch die aufgeführte konspirativ geheimdienstliche Tätigkeit des BRD Verfassungsschutzes POTENZIELL infiltriert und befangen sein!

In diesen Zusammenhang ist mir gegenüber mittels einer zureichenden EIDESSTAATLICHEN VERSICHERUNG* Ihrer Behörde zu versichern und klarzustellen, dass ihre Behörde ***Freie und Hansestadt Hamburg - Einwohner- Zentralamt*** KEINE derartigen Dienstschulungen bzw. Weisungen/ Ratschläge/ Vorgaben u .ä. Maßgaben des BRD Inlandsgemeindienstes ***Verfassungsschutz*** erhalten hat.

Ich fordere von Ihrer Behörde die sofortige Aufklärung ob auch die ***Freie und Hansestadt Hamburg - Einwohner- Zentralamt*** durch die Dienstschulungen des BRD- Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutzes betroffen und befangen ist!

Vorsorglich wird daher auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch straf angezeigt.

4. Festgestellt wird:

Der Grundrechteverletzungsvorgang erfolgt offenkundig in der Staatenlosigkeit.

Verweis auf den **geheime Staatsstreich vom 08.12.2010:**

Am 8.12.2010 erfolgt ein geheimer Staatsstreich der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913 geändert) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Desweiteren wurde am 08.12.2010 das Fundament der deutschen Staatsangehörigkeit, die (*unmittelbare*) Reichsangehörigkeit beseitigt. Die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit - beides ist ein und dasselbe. (*RGBL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959*)

Durch diesen Vorgang wurde ab dem 08.12.2010 jeder Bürger der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS- Glaubhaftmachung ***DEUTSCH*** staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

(*Verweis: unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – Quelle: Der Unionsbürger von Christoph Schönberger*)

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung ***DEUTSCH*** von 1934 künstlich am Leben. Die Bundesrepublik Deutschland und alle Ihre Organe haben durch Staatenlosigkeit ihre Legitimation verloren und sind juristisch GESCHÄFTSUNFÄHIG. Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch gebrochen und nichtig.

Dieser Zustand wird auch aufgrund bereits wiederholter Beschlüsse zur Staatenlosigkeit von BRD- Gerichten untermauert.

Damit besteht auch der Verdacht, dass alle am Verfahren beteiligten Personen Staatenlos ohne jegliche Legitimation handeln, was zu prüfen ist.

Es ist im Prüfungsverfahren in eigener Recherche zu ermitteln BGBl I II III von 1946 – 2010.

Auf Grund dieses in jeder Hinsicht rechtsbrüchigen Vorganges besteht jetzt Verdacht auf totale Befangenheit. Es wird zu allen Punkten Beweislastumkehr gefordert!

Es wird von der *Freie und Hansestadt Hamburg - Einwohner- Zentralamt*** eine korrekte Bearbeitung des Vorganges gemäß aller vorgetragenen Beschwerde- und Antragspunkte ausdrücklich eingefordert.**

Auf Grund genannter Zusammenhänge, Sachverhalte und Zustände besteht Verdacht auf politisch

motivierte Justizwillkür und Machtmißbrauch seitens der Behörde*Freie und Hansestadt Hamburg - Einwohner- Zentralamt* und seitens Amtsgericht Hamburg!

Es wird aus genannten Gründen ist der grundrechteverletzende Vorgang umgehend einzustellen und es wird sofortige Klärung, Abhilfe und Beweislastumkehr gefordert.

Die Kosten hat die Staatskasse zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen